

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Beleg-Abdruck
Anzahl der Beleg-Abdrücke für Druck- und Verlagszwecke ist durch die Druckerei zu bestimmen. Die Beleg-Abdrücke sind zu entnehmen durch die Druckerei. Die Beleg-Abdrücke sind zu entnehmen durch die Druckerei. Die Beleg-Abdrücke sind zu entnehmen durch die Druckerei.

Anzeigen-Zeriff.
Anzahl der Anzeigen bis zum 1. März. Sonntags und Feiertagen 30 von 11 bis 12 Uhr. Die Anzeigen sind zu entnehmen durch die Druckerei. Die Anzeigen sind zu entnehmen durch die Druckerei. Die Anzeigen sind zu entnehmen durch die Druckerei.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Für Feinschmecker

Lobeck's. *per Tafel 50 ct*

Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade }
Rahm-Chocolade }
Bitter-Chocolade }
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

Kunstaussstellung Emil Richter
Prager Strasse.

Otto Altenkirch, Hoftheatermaler,
Willi Münch-Khe.

Elektrische
Küchen- und Haus-
Gerätschaften.

Alles umfassende Auswahl.

Ebeling & Croener, Bankstrasse 11.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-
Lampen einfachster Art bis zu den
feinsten kunstgewerblich. Ausführungen
in konkurrenzloser Auswahl.

Julius Schädlich, Kronleuchter-
Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten. **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche** für Königlich-sächsische Staatsforstbeamte in echter Farbe.

Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Kloster-Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: Schwelend, heiter, wärmer, froden.

Der von den drei vereinigten Bergarbeiterverbänden im Ruhrgebiet beschlossene Streik steht unmittelbar bevor.

In Hamburg hat sich eine Hamburgische Konföderative Vereinigung gebildet, die den Zusammenschluss aller Anhänger konservativer Grundzüge bezweckt.

Der Landesverrat angeklagte Schumann Gauß aus Bismarckhausen wurde von der Strafkammer in Aurich zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In dem Einprüfungsverfahren wegen Auflösung der „Vorraine Sportive“ und des „Jeune Vorraine“ ist die Verurteilung in beiden Fällen als unbegründet zurückgewiesen worden.

Der englische Marinevoranschlag für das nächste Finanzjahr wird um 1 Million Pfund Sterling hinter dem diesjährigen Budget zurückbleiben.

Das amtliche Schweigen über die Wehroverlagen

hat etwas Bedrückendes, das sich der politischen öffentlichen Meinung wie ein Alp auf die Brust legt und eine niederdrückende nervöse Unruhe und Spannung erzeugt. Um den ächten Eindruck, den das gerühmte offizielle und offiziöse Verhalten in dieser für uns so überaus dringlichen Frage in den weiten Kreisen erzeugt, richtig zu würdigen, muß man sich rückwärts schauend vergegenwärtigen, aus welchem nationalen Stimmungsmitien das allgemeine Verlangen nach einer raschen und klaren Entscheidung der zur Vervollständigung unserer Rüstung zu Wasser und zu Lande erforderlichen Maßnahmen hervorgerufen ist. Die jüngste marokkanische Krise hatte mit ihren Enthüllungen über die Stellungnahme Englands gegen uns wie ein Blitz aus heiterem Himmel die schweren Gefahren beleuchtet, die uns von allen Seiten umlauern, und angelehnt der uns durch die Wucht der Tatsachen wieder einmal klar vor die Augen geführten Notwendigkeit, die uns ganz auf die eigene Kraft und auf die Wehrkraft unseres nationalen Zeleins gegen eine Welt von Feinden hinwerfen, kam im deutschen Volke die vaterländische Begeisterung zu einem nachdrücklichen elementaren Ausdruck. An jenen Tagen war es auch, als der konservativste Führer Herr von Hildebrand im Reichstage die vielbemerktesten markigen Worte sprach: „Was uns den Frieden liebt, das sind nicht Verständigungen, sondern es ist unser gutes deutsches Schwert, und das Bewußtsein, daß wir gewillt sind, von diesem Schwerte im gegebenen Momente auch Gebrauch zu machen. Ich kann im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde erklären, daß wir bereit sind, alle erforderlichen Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir sind bereit, die Konsequenzen aus dem Ernste der Situation zu ziehen.“

Damit hatte Herr von Hildebrand allen deutschen Patrioten ohne Unterschied der engeren Parteirichtung aus der Seele gesprochen, und so schien denn in der Tat der Augenblick wie dazu geschaffen, um die englischen Voraussetzungen mit der sofortigen Ausfüllung der in unserer nationalen Verteidigung zu Wasser und zu Lande noch vorhandenen Lücken zu beantworten. Die ganze patriotische öffentliche Meinung Deutschlands wartete auf eine solche Aktion, doch vergeblich. Die Melie des Herrn Salbano nach Berlin und die im Anschluß daran plötzlich von London herüberberühenden Friedens- und Verständigungsbestrebungen brängten die aktuellen militärischen Fragen in den Hintergrund, und alsbald begannen auch allerlei von angeblich Wissenden stammende Meldungen durchzukommen, die von erheblichen Abwärtigen an den Vorlagen zu berichten wußten. Unter den Andeutungen dieser Art fällt vor allem eine Nachricht der „Braunschweig. Landesztg.“ auf, die das Blatt von „einer hervorragenden, dem Mittelpunkt der Entscheidung sehr nahebedehenden Persönlichkeit“ erhalten haben will, und worin behauptet wird, daß die ursprüngliche Flottenforderung von 350 auf fast 200 Millionen Mark herabgedrückt worden sei. Wahrscheinlich für diese Abwärtigen sei die Entscheidung des Kaisers gewesen, der in Uebereinstimmung mit dem Kanzler nach dem Besuche Lord Salbans in Berlin ein Entgegenkommen gegen England in der Seerüstungsfrage für angebracht gehalten habe.

Diese für unser nationales Empfinden recht bittere Bitterkeit der Gewährung dann schmachvoller zu machen durch die weitere, offenbar stark über das Ziel hinauschiehende Mitteilung, daß die Vorbereitungen für das Landheer um so umfangreicher seien und sich auf 800 Millionen Mark beläufen. Diese außerordentliche militärische Kraftanstrengung wird damit begründet, daß wir England nur dann wirksam treffen könnten, wenn wir uns an seinen Verbündeten zu Lande schadlos hielten und insbesondere Frankreich bis zum Weichhuten brächten.

Im Interesse einer prompten Wirkung unseres Vorgehens gegenüber dem Auslande ist es sehr zu bedauern, daß unsere leitenden Kreise durch ihre Verzögerung der Angelegenheit überhaupt erst die Möglichkeit zu derartigen Anstrengungen schaffen. Man muß die Auffassung kennen, wie sie im Auslande und namentlich in Frankreich gegenwärtig über unsere Kriegsbereitschaft vorherrscht, um den ganzen Ernst der Lage richtig zu erfassen und die schwere Gefahr zu begreifen, die mit der Erwiedung des Aussehens verbunden ist, als seien wir außerstande, uns zu der neuen, von der internationalen Lage geforderten Rüstungsverstärkung aufzuraffen. Fortgesetzt wird in der Pariser und Londoner Presse verlautet, daß Frankreich im Gegensatz zu 1870 in einem neuen Kriege mit Deutschland die allgerühmtesten Aussichten auf den Sieg besäße. Zahlreiche chauvinistische Ausbrüche zumal in der militärischen Presse Frankreichs lassen erkennen, daß sich das französische Selbstvertrauen wieder in einer beinahe krankhaften Weise gesteigert hat, die dazu führt, daß unser Landheer planmäßig als minderwertig hingestellt wird. Vor allem wird der Sozialdemokratie ein weitestlicher Einfluß auf die Rüstung des kriegertischen Weites und der militärischen Kraft des deutschen Volkes zugeschrieben, und ein Londoner Blatt hat noch jüngst den klassischen Ausruf, die sozialdemokratische Partei Deutschlands sei gegen eine Flottenvermehrung, und „deshalb“ könnten die Engländer ganz unbefragt sein.

Nun stelle man sich vor, welchen Eindruck es auf eine derartig falsch orientierte öffentliche Meinung des uns feindlich gesinnten Auslandes machen muß, wenn zu alledem auch noch die Meldung ankommt, die Deckungsfrage habe solche Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten im Schoße der verantwortlichen Regierungen hervorgerufen, daß die Wehroverlagen einseitigen zurückgestellt seien und erst nach Erzielung einer Uebereinstimmung über die Aufbringung der Kosten an den Bundesrat gelangen sollten! Siehe das nicht geradezu eine Prämie auf die Weiterverbreitung der ausländischen Legende sehen, wonach Deutschlands finanzielle Kraft erschöpft und nicht mehr imstande sein soll, die steigenden Kosten des Reiches mit seiner „Luxusflotte“ und dem mächtigen Landheer zu tragen? Schon während der Kämpfe um die Reichsfinanzreform verdrängte sich die Meinung, Deutschland müsse in einem großen Kriege aus rein finanziellen Gründen in wenigen Monaten völlig zusammenbrechen, bei unseren westlichen Nachbarn nahezu zur fixen Idee. Wenn nun im gegenwärtigen Augenblick der Streit über die Deckungsfrage tatsächlich dazu führte, daß die als notwendig erkannten militärischen Erfordernisse nicht mit der unbedingt gebotenen schnellen Entschiedenheit von den verantwortlichen Stellen vertreten würden, so wäre das Wasser auf die Mühlen der neunmal Welken des Auslandes, die uns in ihren Zukunftsbildern voll Schandenfreude finanziell verbluten sehen. Einer solchen verhängnisvollen Täuschung des Auslandes über unsere finanzielle Kraft, die der Kriegsfähigkeit unserer Gegner einen gefährlichen Anreiz verleiht, darf von unserer Seite nicht weiter Vorschub geleistet werden; hier muß es vielmehr heißen: „Den Anfängen stelle Dich entgegen!“ Das die pflichtmäßige Gewährleistung unserer nationalen Sicherheit zu Wasser und zu Lande an weiteren unumgänglichen Opfern vom deutschen Volke verlangt, wird es aufzubringen unbedingt bereit sein. Das weiß die Regierung und muß es wissen. Dann aber auch fort mit jedem weiteren Zagen und Jaudern und heraus mit der Sprache, heraus mit den Wehroverlagen! Wenn der übereinstimmende nationale Wille zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist, so wird auch ein geeigneter Weg zur Aufbringung der Kosten gefunden werden. Wo es die Sicherheit des Reiches gilt, da hat es nicht bloß beim Mundspivigen sein Bewenden, sondern es muß auch gepiffen werden. Für die Regierung kann es da nur die eine Parole geben: „Durch!“

Neueste Drahtmeldungen

vom 9. März.

Die Krisis im Ruhrkohlenrevier.

Umfassende Sicherheitsmaßnahmen der Regierung.

Essen. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat die umfassendsten Vorkehrungen getroffen, um bei einem Streike allen Eventualitäten gewachsen zu sein. So sind gestern und heute aus den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Schlesien, Posen und vom Mittelrhein Hunderte von Gendarmen und Polizisten im Ruhrkohlenrevier eingetroffen und in der Nähe der Zechen einquartiert worden. In einzelnen Bezirken sind Gendarmerieabteilungen in einer Stärke von 20 Mann untergebracht. Ein großer Teil der Gendarmen ist bewaffnet. Die Beamten sind telegraphisch herbeigerufen worden und mußten unverzüglich abreisen. Auch die königliche Schutzmannschaft hat große Verstärkungen von auswärtig erhalten. Besondere Vorkehrungen sind auf denjenigen Zechen getroffen worden, wo bei einem Streike die Zahl der Arbeitswilligen verhältnißmäßig besonders groß sein wird. Wie wir aus bester Quelle erfahren, ist an die Verwendung von Militär nur im äußersten Notfalle gedacht. Die Regierung hat gerade deswegen ein so großes Gendarmerieaufgebot zusammengezogen, um auch in der schwierigsten Situation ohne Militär auskommen zu können.

Essen. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterschaft auf den festlichen Werken des Ruhrkohlenreviers sind nunmehr ebenfalls an die Bergwerksverwaltungen mit Vorschlägen herangetreten, die sich im wesentlichen auf eine 15prozentige Lohnsteigerung beziehen. Die 15prozentige Lohnsteigerung wurde abgelehnt, dagegen eine allgemeine, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage angemessene Erhöhung der Schichtlöhne bewilligt.

Die Hauptforderungen der Bergleute.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von einer den Zechenverwaltungen des Ruhrgebietes nahebedehenden Seite werden die beiden Hauptforderungen der drei Bergarbeiterorganisationen, Erhöhung des Lohnes um 15 Prozent und Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, die bei der Einsparung und Ausfahrt in die Gruben in ihre Arbeitszeit eingerechnet werden soll, aus folgenden Gründen für unerfüllbar erklärt: Im Ruhrbergbau wurden in den letzten Jahren an Lohn gezahlt, einschließlich der Aufwendungen für die Zwecke der sozialen Versicherung 705 Millionen Mark. Die 15prozentige Lohnsteigerung würde eine Mehrbelastung von 85,7 Millionen von den Zechenverwaltungen beanspruchen, aber selbst die Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. April um 20 Pfg. pro Tonne würde, wie von den Zechenverwaltungen versichert wird, nicht ausreichen, um die Lohnsteigerung, die auf eine Tonne eine Mark ausmachen würde, auszugleichen. Die Zechen würden also, wenn sie den Forderungen der Arbeiter nachgeben würden, trotz wesentlich günstigerer Konjunktur schlechter stehen als im letzten Jahre, dessen Ergebnisse nicht gerade glänzend gewesen seien. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit würde zudem eine weitere Belastung der Bergbauindustrie eintreten, da eine Verminderung der Arbeitszeit eine Verringerung der Kohlenförderung bedeuten würde. Diese Minderleistung könne nur durch Vermehrung der Belegschaften ausgeglichen werden, was wieder eine Erhöhung der Zechenverwaltungen zur Folge hätte. Die beiden Forderungen der Bergarbeiterverbände, so rechnen die Zechenverwaltungen, würden eine Mehrbelastung von zusammen 151,3 Millionen Mark ausmachen. Eine solche Mehrbelastung aber könne der Ruhrbergbau nicht tragen.

Terrorismus und Arbeitswilligkeit.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Antrag Puttkamer über den Arbeitswilligkeitenschein, der am Dienstag im Herrenhaus zur Verhandlung kommt, lautet: Die Regierung zu ersuchen, alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch durch Einbringung von Gesetzesvorlagen, zu ergreifen, die geeignet erscheinen, Arbeitswillige und Gewerbetreibende in der Verwendung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam zu schützen vor Bergewaltigung und Bedrückung, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges verhindert werden. In der Begründung des Antrages wird gesagt: Die Erfahrung lehrt, daß der von der Linkspartei betriebene Terrorismus auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Erwerbslebens eine große Zahl von Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden nicht nur in der Ausübung ihres Berufes hindert, sondern sie vielfach auch körperlichen Mißhandlungen aussetzt. Dieser Zustand überaus gefährlich eine existenzbedrohende, die soziale Ordnung beeinträchtigende Wirkung aus. Angehört der gegenwärtig ernst drohenden Gefährdung der für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Volksgesundheit unerlässlichen Erwerbsamkeit ergibt sich in verdrängter Weise die Notwendigkeit, dem brutalen Treiben mit allen zulässigen Mitteln und mit unerschütterlicher Bestenung entgegenzutreten. Unter den Unterfertigten befinden sich auch die des Geheimrats Professors Adolf Wagner und des General-Superintendenten D. Jaber.